



<https://bulletin.vals-asla.ch> · e-ISSN: 2813-7973 · p-ISSN: 1023-2044

Kumm, H.-J. & Racine, J. (2002). Sprachenpolitische Resolution der XII. Internationalen Tagung der Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer. *Bulletin suisse de linguistique appliquée*, 75(2), 9-12.
<https://doi.org/10.26034/ne.vals-asla.2002.0687>

Dieser Artikel ist unter der *Creative Commons Attribution 4.0 International* Lizenz veröffentlicht (CC BY):
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>



© Hans-Jürgen Kumm, Jean Racine, 2002

Sprachenpolitische Resolution der XII. Internationalen Tagung der Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer Luzern, 4. August 2001

Die XII. IDT hat die folgende Resolution verabschiedet. Sie ist entstanden aus den Thesenpapieren von 18 Sektionen und wurde in der Sektion 1 «Sprachpolitik: Wege zur Mehrsprachigkeit» (Sektionsleitung: Hans-Jürgen Krumm und Jean Racine) formuliert.

Der Internationale Deutschlehrerverband (IDV) hat vom 30. Juli bis 4. August 2001 in Luzern (CH) seine 12. Internationale Tagung der Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer veranstaltet: Mehr Sprache – mehrsprachig – mit Deutsch.

1700 Lehrkräfte aus ungefähr 90 Ländern haben dabei grundsätzliche Fragen der Mehrsprachigkeit sowie die sich daraus ergebenden Konsequenzen für den Deutschunterricht in einer mehrsprachigen Welt erörtert. Sie haben die folgenden Grundsätze und Empfehlungen für die Entwicklung einer Sprachenpolitik und einer Sprachunterrichtspraxis erarbeitet, in deren Zentrum die Mehrsprachigkeit steht:

1. Mehrsprachigkeit und Friedensförderung

Für das friedliche Zusammenleben der Menschen und für die Entwicklung demokratischer Gesellschaften sind Erhalt und Förderung der Mehrsprachigkeit eine entscheidende Grundlage. Viele kulturelle Errungenschaften sind eng an die Leistung spezifischer Sprachen gebunden; der Verzicht auf diese Sprachen und ihre Leistungen würde eine gravierende Einschränkung und Verarmung der kulturellen Vielfalt bedeuten. Der Verzicht auf Mehrsprachigkeit hätte zur Folge, dass in das Sprachenlernen und -lernen nicht mehr genügend investiert würde und dass existenzielle Kenntnisse und Erfahrungen verloren gingen.

2. Mehrsprachigkeit und Verantwortung im Bildungsprozess

Die Sicherstellung von Mehrsprachigkeit ist einerseits eine Aufgabe aller, die in den Bildungsprozess eingebunden sind: der Eltern, der Schule, der Forschung, der Einrichtungen der Weiterbildung sowie der Medien – andererseits aber auch eine Pflicht der Regierungen und nationalen und internationalen Institutionen.

Beide Seiten müssen zusammenwirken und Instrumentarien und Szenarien entwickeln, die Mehrsprachigkeit aufwerten und möglich machen.

3. Mehrsprachigkeit und Europarat / Europäische Union

Ist diesem Zusammenhang ist es nicht glaubwürdig, wenn Europäische Union und Europarat zwar Mehrsprachigkeit propagieren, selbst jedoch vor allem die Zweisprachigkeit Englisch / Französisch praktizieren. Die 12. Internationale Deutschlehrerinnen- und Deutschlehrertagung erwartet von Europarat und Europäischer Union, dass sie selbst Mehrsprachigkeit praktizieren, z. B. durch Ausweitung des Kanons der Arbeitssprachen nach regionalen Prinzipien, durch Nutzung des Internet für grössere Sprachenvielfalt, durch Umsetzung der Empfehlungen für die Unterstützung mehrsprachiger Medien u.ä.

Die deutsche Sprache als eine der wichtigen europäischen Sprachen soll in der Europäischen Union und im Europarat als Arbeitssprache anerkannt werden. Dies würde u.a. auch den Prozess der EU-Erweiterung erleichtern, indem die in den Beitrittsländern vorhandenen Deutschkenntnisse genutzt werden könnten.

4. Mehrsprachigkeit und Lingua Franca

Es besteht kein Widerspruch zwischen der Förderung und Benutzung einer Lingua franca (gegenwärtig z.B. Englisch) in einigen Arbeitsbereichen und einer lebendigen Mehrsprachigkeit in manchen anderen Bereichen.

Die Kosten der Mehrsprachigkeit werden vielfach überschätzt, die Kosten und Folgen der Einsprachigkeit hingegen sind erheblicher.

5. Mehrsprachigkeit und Sprachenfolge

Sprachenlernen ist eine lebenslange Möglichkeit und Aufgabe. Mehrsprachigkeit fördern heisst, früh beginnen. In mehrsprachigen Familien und Wohnquartieren, im Kindergarten und in der Schule liegen dafür günstige Voraussetzungen vor.

Als erste Fremdsprache sollte nach Möglichkeit eine Sprache aus dem Lebensumfeld der Kinder unterrichtet werden (Begegnungs- oder Nachbarsprache, zweite Landessprache), so dass eine erfahrungs- und inhaltsbezogene und daher auch effiziente Sprachensensibilisierung erfolgt.

Das Erlernen der englischen Sprache muss Eltern und Kindern heute garantiert werden, doch sollte die englische Sprache nicht als erste Fremdsprache unterrichtet werden, weil dadurch bei den Lernenden die Illusion verstärkt werden kann, das Erlernen weiterer Sprachen sei nicht erforderlich.

6. Mehrsprachigkeit und Deutschunterricht

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der 12. IDT plädieren für eine verstärkte Förderung des Deutschunterrichts, nicht mittels Sprachgesetzen, sondern durch intensive Sprachforschung, die Entwicklung vielfältiger und phantasievoller Medien, das Angebot von Sprachlernberatung und eine Qualität sichernde Aus- und Fortbildung von Deutschlehrkräften.

Unter solchen Voraussetzungen kann auch der Deutschunterricht so angelegt werden, dass die Lernenden dabei auf das Erlernen weiterer Sprachen vorbereitet werden.

Für das Lehren und Lernen von Deutsch im Rahmen von Mehrsprachigkeit, als Zweit-, Dritt oder Viertsprache, bedarf es spezifischer Lehrpläne, Materialien und didaktischer Konzepte. Zugleich erfordert ein solches Mehrsprachigkeitskonzept neue Kooperationsformen zwischen Lehrkräften, Forschern und Institutionen der verschiedenen Sprachen. Für eine solche Zusammenarbeit über Sprachgrenzen hinweg müssen kooperative und integrierte Didaktiken, aber auch institutionelle Bedingungen geschaffen werden, um die Synergien beim Lehren und Lernen mehrerer Sprachen zu nutzen.

7. Mehrsprachigkeit und Minderheiten-/ Migrantensprachen

Mehrsprachigkeitskonzepte erfordern auch, dass die Sprachen von Minderheiten und Migrantinnen und Migranten als Sprachenreichtum ins Sprachenangebot des allgemeinen Bildungswesens einbezogen werden.

Sprachenunterricht kann einen zentralen Beitrag zur Integration von Menschen verschiedener Lebenswelten leisten. Das setzt allerdings die Anerkennung der Gleichwertigkeit von Sprachen und Lebenswelten sowie eine hohe Qualität des Unterrichts voraus.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der 12. IDT erwarten, dass die damit verbundenen Rahmenbedingungen für den Unterricht in Deutsch als Zweitsprache in den deutschsprachigen Ländern verbessert werden.

8. Mehrsprachigkeit und Erhalt der deutschen Sprache

Mehrsprachigkeit ist sowohl in Europa als auch in andern Kontinenten die Regel.

Der Deutschunterricht als Beitrag zur Mehrsprachigkeit bedarf überall der Förderung durch Materialentwicklung und Fortbildung in Partnerschaft mit den deutschsprachigen Ländern.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 12. IDT appellieren daher an die Verantwortlichen, Sprach- und Kulturinstitute als wichtige Zentren der Förderung von Mehrsprachigkeit zu erhalten, zu fördern und auszubauen.

9. Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik

Mit dem gemeinsamen Referenzrahmen und dem Europäischen Sprachenportfolio liegen wirksame Instrumente für die Förderung von Mehrsprachigkeit vor.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der 12. IDT appellieren an Politiker und Politikerinnen, Bildungsbehörden und an die Öffentlichkeit, diese Instrumente in die Praxis umzusetzen und weiterzuentwickeln.

Ergänzt werden muss diese Entwicklung durch eine transparente sprachenpolitische Diskussion, die auch die Entwicklungen ausserhalb Europas einbezieht.

Sprachenpolitik muss ein fester Bestandteil der Bildungspolitik, der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung und -fortbildung sowie der Arbeit des IDV werden.